

Banken im Visier der US-Justiz

Auch gegen Deutsche Bank wird ermittelt

NEW YORK. Die Bundesstaatsanwaltschaft in New York und die US-Börsenaufsicht SEC werfen der Deutschen Bank und weiteren Banken vor, im Geschäft mit US-Hypothekendarlehen ihre Kunden getäuscht zu haben. Im Visier der Justiz sind neben dem größten deutschen Geldhaus auch Goldman Sachs, Morgan Stanley, JP Morgan Chase, Citigroup und UBS. Klage wurde bisher nur gegen Goldman Sachs erhoben.

Der Vorwurf ist immer der gleiche: Sie sollen die Hypothekendarlehen auf Geheiß anderer Finanzakteure zusammengestellt haben, die selbst gegen diese Papiere wetteten. Auch die Banken setzten teilweise darauf, dass der Wert dieser Papiere sinkt, während sie diesen ihren Investoren als sichere Anlagen verkauften.

Verdacht der Irreführung

Parallel dazu hat der New Yorker Generalstaatsanwalt Andrew Cuomo eine Untersuchung gegen acht Banken eröffnet. Er will herausfinden, ob sie Rating-Agenturen irreführende Informationen gegeben haben, damit diese gewisse Hypothekendarlehen höher bewerten. Auch gegen die Deutsche Bank laufen diese Untersuchungen. Ein Sprecher des Geldhauses erklärte: „Wir sind überzeugt, dass sich die Deutsche Bank in diesem Zusammenhang korrekt verhalten hat.“ (dpa)

Der Euro verliert an Wert

Kurs gegenüber dem Dollar weiter gesunken – Exportwirtschaft profitiert

Das Thema

Ein Euro war am Freitag so billig wie seit Oktober 2008 nicht mehr. Aber die Griechenland-Krise macht nicht nur der Gemeinschaftswährung zu schaffen, sondern auch der Börse. Der Leitindex Dax sackte gestern ab. Trotzdem sieht die Wirtschaft nicht nur schwarz.

FRANKFURT. Die südeuropäischen Euro-Länder strengen sich beim Sparen an, aber die Anleger sind offenbar trotzdem skeptisch: Der Euro verlor am Freitag kräftig an Wert. Kurzzeitig kostete er nur noch 1,2394 Dollar. Den Referenzkurs legte die Europäische Zentralbank auf 1,2492 Dollar fest – billiger gab es die Gemeinschaftswährung seit Oktober 2008 nicht mehr.

Die Börsen: Die Euro- und die Griechenlandkrise lassen die Börsen nicht zur Ruhe kommen. Am ging es für den Dax um 3,12 Prozent abwärts. Zum Handelsschluss brachte er es nur noch auf 6056,71 Punkte. Dabei waren die Aktienkurse zunächst zügig geklettert, nachdem EU, Zentral- und Großbanken das griechische Rettungspaket geschnürt hatten. Doch deshalb nutzten viele Anleger nun die Gunst der Stunde, und sackten Kursgewinne ein.



Zerfällt der Euro? Experten beruhigen: Die Gemeinschaftswährung habe ihre großen Vorteile nicht verloren.

Die Industrie: Die deutsche Wirtschaft kann der gegenwärtigen Lage trotzdem eine gute Seite abgewinnen: Ihre Waren werden auf den Weltmärkten billiger. „Wir haben keinen schwachen Euro, sondern einen schwächeren Euro, der immer noch überbewertet ist“, sagt Olaf Wortmann, Konjunkturrexperte beim Verband der stark am Export orientierten deutschen Maschinenbauer (VDMA). Er sieht einen fairen Kurs für den Euro bei 1,20 Euro.

Der Außenhandel: Die Griechenland-Krise hat den Ruf des Euro ramponiert. Nicht einmal mehr jeder Dritte, nämlich nur 32 Prozent haben

großes Vertrauen in die Gemeinschaftswährung, hat das Institut für Demoskopie in Allensbach herausgefunden. Der Außenhandel sieht das anders: „Für eine Exportnation wie Deutschland ist der Euro ein echtes Plus“, sagt André Schwarz vom Außenhandelsverband BGA. „Er hat unseren Wohlstand vergrößert.“ Der Heimatmarkt habe sich auf derzeit 16 Länder erweitert, in denen Umtausch- und Kurssicherungskosten weggefallen seien. Zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in EU-Länder, und mehr als 80 Prozent der Ausfuhren werden in Euro abgerechnet.

Der Steuerzahler: Deutsch-

land hat nach Bankenrettung und EU-Rettungsschirm keinen Spielraum mehr für Entlastungen. Und nun sollen die Deutschen auch noch für die Versäumnisse südeuropäischer Regierungen in die Tasche greifen? Diese Sorge treibt viele Steuerzahler um. Hans-Werner Sinn, Chef des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung in München, brachte die Befürchtungen auf den Punkt: Der Pakt bedeutet nichts anderes, als dass Deutschland für die Schulden anderer Länder geradesteht. „So sehr ich den Euro grundsätzlich für richtig halte: Ich verstehe, wenn sich nun viele Deutsche hereingelegt fühlen.“ (dpa/wll)

TELEFON INLAND

Tarifangaben in Cent / Min Ortsgespräche

Zeit	Vorwahl	Tarif	Vorwahl	Tarif
0-7	01028	0,45	01013	0,64
7-19	01028	1,19	01088	1,40
	010011*	1,82	01079*	1,84
19-24	01088	0,63	01013	0,64
	01070	0,98	010011*	1,48

Samstag - Sonntag

Zeit	Vorwahl	Tarif	Vorwahl	Tarif
0-7	01013	0,76	01070	0,98
7-19	01070	0,79	01079*	1,49
	01058*	1,95	01090	2,00
19-24	01013	0,76	01070	0,79
	01079*	1,49	01058*	1,95

Ferngespräche

Montag - Freitag

Zeit	Vorwahl	Tarif	Vorwahl	Tarif
0-7	01028	0,79	01013	0,83
	01070	0,98	01088	1,33
7-18	01028	1,31	01088	1,33
	010011*	1,52	01057*	1,59
18-19	01028	1,31	010011*	1,39
	01057*	1,67	01079*	1,68
19-24	01013	0,83	01070	0,98
	010011*	1,39	01057*	1,67

Samstag - Sonntag

Zeit	Vorwahl	Tarif	Vorwahl	Tarif
0-7	01013	0,75	01070	0,98
	01057*	1,59	01079*	1,68
7-19	01070	0,98	01057*	1,59
	01079*	1,68	010012*	1,76
19-24	01013	0,75	01070	0,98
	01057*	1,59	01079*	1,68

Stand: 14.05.2010
*Anbieter mit Tarifansage; Abrechnung in Ct./Min nicht alle Anbieter überall verfügbar kurzfristige Änderungen möglich
www.hna.de Quelle: biallo.de

So erreichen Sie die Wirtschaftsredaktion:
Barbara Will,
Tel. 0561/203-1404
Fax: 0561/2032337
Email: wirtschaftsredaktion@hna.de

Ärger über Ackermann

Deutsche-Bank-Chef zweifelt an griechischer Zahlungsfähigkeit

FRANKFURT / BERLIN. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, hat mit seinen Überlegungen zur griechischen Zahlungsfähigkeit die Bundesregierung vergrätzt.



Bringt die Bundesregierung gegen sich auf: Josef Ackermann. Foto: dpa

In der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“ am Donnerstag hatte Ackermann gesagt: „Ob Griechenland über die Zeit wirklich in der Lage ist, diese Leistungskraft aufzubringen, das wage ich zu bezweifeln.“ Dazu bedürfe es „unglaublicher Anstrengungen“. Trotzdem müsse das Land stabilisiert werden. Ein Fall Griechenlands würde mit großer Sicherheit auch auf andere Länder übergreifen und könnte zu „einer Art Kernschmel-

ze“ führen. Die Bundesregierung widersprach der umstrittenen Prognose Ackermanns energisch. Dies sei nicht die Auffassung der Bundesregierung, sagte die stellvertreten-

de Regierungssprecherin Sabine Heimbach am Freitag. Im übrigen sehe sie „keinen Anlass und Nutzen“, über Ackermanns Äußerungen zu spekulieren.

Der EU-Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro basiere auf der guten Expertise der Europäischen Zentralbank, des Währungsfonds IWF sowie der Euro-Staaten. Der Sprecher von Finanzminister Wolfgang Schäuble, Michael Offer, erinnerte an die harten Sparauflagen, die Griechenland erfüllen müsse.

Ackermann hatte in der ZDF-Sendung weiter gesagt, Europa müsse den Druck erhöhen, dass Griechenland saniert werde. (dpa/apn)

Trichet will Deutschland als „Euro-Polizei“

FRANKFURT. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, erhofft sich zur Überwindung der gegenwärtigen Krise von Deutschland die Rolle einer Art „Euro-Polizei“.

„Deutschland ist die größte Volkswirtschaft im Euro-Raum und ein Land mit der Tradition gesunder Staatsfinanzen“, zitiert das Handelsblatt den EZB-Chef in einem Interview.

Die Bundesregierung solle deshalb eine Vorbildrolle einnehmen. Die Regierung in Berlin stehe als eine Art Euro-Polizei in der Pflicht und müsse anderen Mitgliedstaaten der Euro-Zone auf die Finger schauen. (apn)

Mit allen Mitteln gegen Schulden

Sparprogramme in Spanien und Portugal

LISSABON. Die Schuldenkrise hat Spanien und Portugal zu einer radikalen Kehrtwende gezwungen. Die spanische Regierung kürzt zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte des Landes die Gehälter von Ministern und Beamten. Portugal kündigte überraschend Steuererhöhungen an, die Lisabon vor kurzem noch ausgeschlossen hatte. Die Gewerkschaften drohen mit Streiks.

Spaniens Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero hat dem Parlament ein Sparpaket vorgelegt, mit dem der Sozialist seine eigenen Prinzipien über den Haufen warf. Zur Sanierung der Staatsfinan-

zen verlangt er auch Rentnern und Familien Opfer ab. Soziale Einschnitte dieser Art hatte er bisher strikt abgelehnt.

In Portugal kündigte Ministerpräsident José Sócrates nach einer Absprache mit Oppositionsführer Pedro Passos Coelho unter anderem an, die Einkommenssteuern bis Ende 2011 um einen bis 1,5 Prozentpunkte zu erhöhen. Nur Bürger mit einem Mindestgehalt von bis zu 475 Euro bleiben verschont.

Unternehmen mit Gewinnen von mehr als zwei Millionen Euro sollen eine zusätzliche Krisensteuer von 2,5 Prozent zahlen. (dpa)

promotion Nordhessen

Businessplanwettbewerb 2010

Unternehmensnachfolge

Elektromobilität KMU

Gründungen / Start Ups

Die Gründungs- und Wachstums-offensive

Online-Anmeldung:
www.promotion-nordhessen.de

Fragen? Tel: 0561 7663650
Jetzt kostenfrei mitmachen!

DIE NÄCHSTEN TERMINE 2010

- „BEST PRACTICE PROMOTION NORDHESSEN: SUCCESS STORIES“ - COACHING SESSION 3 AM 19.05.10, 19 - 23 UHR MIT ECO2IT (4. Platz '08): „VOM EXISTENZ-GRÜNDER ZUM EINZELUNTERNEHMER“; MIT Realtime Monitoring GmbH (2. Platz '08): „VON DER UNIVERSITÄREN GRUNDLAGENFORSCHUNG BIS ZUM MARKTFÄHIGEN PRODUKT“ UND MIT AUTARCON GmbH (1. Platz '09): „MAKING IN SUCCESS“
- „BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN“ - LEARNING SESSION 2 (SEMINAR) TEIL 1 AM 28.05.10, 15 - 20 UHR, TEIL 2 AM 29.05.10, 9 - 15 UHR

HAUPTSPONSOREN 2010

WI Bank
Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen

SMA
Sparinvestor

e-on | Mitte

Kasseler Sparkasse

HNA

PROJEKTTÄGER:
Regionalmanagement NordHessen
die Lage ist gut...

EUROPAISCHE UNION: Investition in Ihre Zukunft
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung